

LZ - 17.12.2016

# „Mehr Dampf auf den Kessel“

**ALTRHEIN** Initiative will gegenüber Umweltministerium weiter mit Argumenten überzeugen

Von André Heuwinkel



Ein Güterschiff auf dem Altrhein, hier auf Höhe des Fretter Lochs. Die Behörden stufen das Gewässer als „Stillgewässer“ ein. Fotos: Gutschalk

**LAMPERTHEIM.** „Es muss mehr Dampf auf den Kessel.“ Die Initiative „Rettet das Naturschutzgebiet Lampertheimer Altrhein“ gibt sich in Person von Rudolf Klippel am Freitagnachmittag selbstbewusst. Zusammen mit sechs Mitstreitern hat sich die Runde beim Wassersportverein (WSV) Lampertheim zusammengefunden. Es war Zeit fürs Grundsätzliche: Für den Altrhein als „Lebensader“ – wie der häufig in der Politik genannt wird – einen Zeitplan, für den Wassersport. „Mensch und Naturschutz sind bei diesem Thema gleichrangig“, unterstrich Karl Heinz Barchfeld.

### Zwei Ziele innerhalb eines Jahres zu erfüllen

Nun kann man der Verwaltung nicht vorwerfen, untätig gewesen zu sein: 100.000 Euro wurden dieses Jahr für die Munitionssuche in den Haushalt gestellt. Jene Munitionssuche, die eine Syker Fachfirma (bei Bremen) vor zwei Wochen abbrechen musste, da der Wasserstand zu niedrig und Eisschollen drohten, die Messleitungen des Bootes zu beschädigen. „Wir brauchen mehr Manpower“, fordert die Initiative trotzdem. Das eigentliche Ziel, dieses Jahr die Suche nach Überresten aus dem Zweiten Weltkrieg beenden zu können, muss aufs Frühjahr 2017 verschoben werden. „1,50 Meter sind Minimum“, meinte Barchfeld im Hinblick auf den Pegel. „nächstes Jahr müssen wir dann zwei Ziele schaffen“. Damit meinte er die Probegaggerung kontaminierten Schlammes, der im Altrhein schlummert. Ohne Munitionssuche keine Baggerung, ohne Baggerung kein Konzept. So ist die Realität anno 2016, und so war sie auch schon vor anderthalb Jahrzehnten, als die

Initiative ins Leben gerufen wurde.

Den „Geburtsfehler“ für das lange Prozedere vermutet Klippel beim Regierungspräsidium, als dort das Gewässer zu einem „Altrheinsee“ erklärt worden



Steht weiterhin beratend zur Seite: Rudolf Klippel.

sei. Diese Kategorisierung habe der damalige Mitarbeiter ins Ministerium nach Wiesbaden getragen, wo sich bis heute daran nichts geändert habe. „Für solch eine Einstufung dürfte ein Gewässer eigentlich innerhalb von 30 Tagen seinen Inhalt nicht durch Zu- oder Abfluss austauschen“, erläuterte Klippel weiter. „Die Einstufung ist falsch.“ Auch beim Hessischen Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) gilt der Altrhein als „Stillgewässer“.

An der Einstufung habe aber auch der enge Austausch mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Michael Meister nichts bewirkt, in Wiesbaden stelle man sich taub. „Trotzdem wollen wir weiter mit Argumenten überzeugen.“ Während sich die Initiative dem Wassersport verpflichtet fühlt und die Gesamt-

breite des Gewässers plus Anlegeplätze im Blick hat (85 Meter), beschränke sich die Arbeitsgemeinschaft Lampertheimer Altrhein (ALA) mehr auf eine 15 Meter breite Fahrrinne.

Die ALA sei zwar „sehr rührig,



**Die ALA ist rührig, verfolgt aber einen anderen Ansatz.**

Karl Heinz Barchfeld, Althein-Initiative

der Ansatz ist nur ein anderer“, konstatierte Barchfeld mit Blick auf die Arbeitsgemeinschaft, die sich von Fachanwälten beraten lässt und versucht, nun auf Europäischer Ebene zu einer Entscheidung zu gelangen. Dabei habe laut Klippel der Europäische Gerichtshof 2014 ent-

schieden, dass „schiffbare Flüsse“ der Wasserrahmenrichtlinie unterliegen, für deren Umsetzung der Bund zuständig ist.

Ein wenig erinnert die Beständigkeit der Altrhein-Initiative an das Sprichwort: „Steter Tropfen höhlt den Stein.“ Schließlich ist auch Bewegung in die Sache gekommen: „Wir sind froh, dass der Beirat gegründet wurde und sich die Politik nun stärker um das Thema bemüht.“ Dass die ALA nicht im Prokektbeirat mitwirkt und einen eigenen Weg gehe, müsse nicht zwangsläufig schlecht sein. Sollte durch ihre Bemühungen der Bund doch einsehen, im Fall der schmaleren Fahrrinne für die Kosten der Altrhein-Ausbaggerung aufzukommen, könnte dies ein „pars pro toto“-Fall sein. Eine Grundsatzzentscheidung werde somit wahrscheinlicher.